



Innenausschuss

31. Sitzung (öffentlich)

15. Dezember 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
a) Einverständniserklärung gegenüber dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I	7

Gegen den von der Vorsitzenden Monika Düker vorgebrachten Wunsch des Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I, der Innenausschuss möge sich damit einverstanden erklären, als „vertraulich“ gekennzeichnete Dokumente des Innenausschusses – soweit rechtlich zulässig – auf Anforderung zur Verfügung zu stellen, erhebt sich kein Widerspruch.

Die Vorsitzende wird eine entsprechende Erklärung bezüglich der Unterlagen der laufenden Wahlperiode abgeben.

b) Integrationsgesetz**7**

Der Ausschuss vertagt einvernehmlich die Beratung des unter 3 vorgesehenen Punktes

Gesetz zur Förderung der gesetzlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

1 Jahresbericht der ZIS 2010/2011 zu den Zahlen über gewalttätige Ausschreitungen im Zusammenhang mit Fußballspielen und NRW-Initiative „Mehr Sicherheit bei Fußballspielen in NRW“**8**

Vorlage 15/963

Stellungnahme des Ministers

Diskussion

2 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren (s. 2 Anlagen)**18**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

Vorlage 15/563

Ausschussprotokoll 15/228

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (s. *Anlage 2*) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke ab.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen (s. *Anlage 1*) mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Linken zu.

Der Ausschuss stimmt sodann dem Gesetzentwurf mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP zu.

- 3 Richtlinien der Landesregierung für den Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus aus Billigkeitsgründen (Härterichtlinien NRW)** **20**

Vorlage 15/952

Das Benehmen mit dem Ausschuss wird hergestellt.

- 4 Benennung der Mitglieder des Beirats gemäß § 9 Abs. 2 der Härterichtlinien NRW in der mit Vorlage 15/952 vorgesehenen Fassung** **21**

Vorlage 15/1018

Das Benehmen mit dem Ausschuss wird hergestellt, und zwar auch zu der vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein gewünschten Änderung, als Vertreter von Herbert Rubinstein nicht, wie noch in der Vorlage niedergelegt, Rosel Vadehra-Jonas, sondern Wilfried Johnen, den Geschäftsführer des Landesverbandes, zu benennen.

- 5 Verweigerter Polizeieinsatz in Solingen?** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **22**

Vorlage 15/1059

(vgl. auch Zuschrift 15/326)

kurze Diskussion

Innenausschuss

15.12.2011

31. Sitzung (öffentlich)

nie

6 Abschiebehaft abschaffen! 23

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 15/1683

Ausschussprotokoll 15/306

Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke ab.

7 Vandalismus und Metalldiebstahl auf Friedhöfen härter bestrafen! 27

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3265

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Linken gegen die Stimmen der Fraktion oder CDU ab.

8 Neue Erkenntnisse zur rechten Terrorgruppe? (TOP beantragt von der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; s. Anlage 1) 28

i. V. m.

Rechter Terror in NRW – aktuelle Erkenntnisse (TOP beantragt von der Fraktion DIE LINKE; s. Anlage 2) **28**

Bericht des Ministers

Bericht des Landeskriminaldirektors

Diskussion

9 Einsatz von nordrhein-westfälischen Polizeibeamten beim Castor-Transport 2011 (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) 38

Vorlage 15/1054

Diskussion

Innenausschuss

15.12.2011

31. Sitzung (öffentlich)

nie

10 Polizeipräsident fordert Legalisierung von Drogen (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **40**

Bericht eines Vertreters des MIK

Diskussion

11 Verschiedenes **45**

hier: Terminierung der Haushaltsberatungen

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Einverständniserklärung gegenüber dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I

Gegen den von der Vorsitzenden Monika Düker vorgetragenen Wunsch des Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I, der Innenausschuss möge sich damit einverstanden erklären, als „vertraulich“ gekennzeichnete Dokumente des Innenausschusses – soweit rechtlich zulässig – auf Anforderung zur Verfügung zu stellen, erhebt sich kein Widerspruch.

Die Vorsitzende wird eine entsprechende Erklärung bezüglich der Unterlagen der laufenden Wahlperiode abgeben.

b) Integrationsgesetz

Theo Kruse (CDU) dankt der Vorsitzenden für ihre – erfolgreiche – Initiative zur Verlängerung des Beratungszeitraumes für das Integrationsgesetz und bittet für seine Fraktion wegen bei ihr noch ausstehender abschließender Meinungsbildung um eine Absetzung des entsprechenden Punktes heute von der Tagesordnung.

Der Ausschuss vertagt einvernehmlich die Beratung des unter 3 vorgesehenen Punktes

Gesetz zur Förderung der gesetzlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

